

Gruppe 22 - Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

8. Mai 2017

Ägypten

Leiter der Al-Azhar-Universität abgesetzt

Weil er einen reformorientierten Islam-Gelehrten öffentlich als Abtrünnigen bezeichnet haben soll, wurde nach einem Bericht des Deutschlandfunks vom 06.05.17 der Rektor der Al-Azhar-Universität, Sheikh Ahmed al-Tayeb, seines Amtes enthoben. Die Universität mit Sitz in Kairo wurde bereits im 10. Jh. gegründet und gilt als islamische wissenschaftliche Institution von internationalem Rang. Sie wird vom ägyptischen Staat unterhalten. Ihr Rektor, Scheikh al-Azhar, Großscheikh oder Großimam genannt, wird als eine der höchsten Autoritäten des sunnitischen Islams betrachtet. In letzter Zeit mehrte sich Kritik an den Geistlichen der Universität. Parlamentarier und Medien beanstandeten, dass sie zu wenig gegen den Islamismus unternähmen.

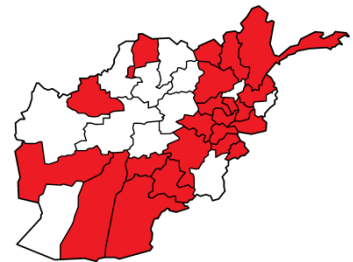
Christ ermordet

In al-Arish im Norden der Sinai-Halbinsel wurde ein Angehöriger der christlichen Minderheit erschossen aufgefunden. Das Opfer gehörte zu Hunderten koptischen Christen, die den Sinai im Februar wegen einer Mordserie verlassen hatten und soll vor einigen Tagen zurück gekehrt sein. Die ägyptischen Behörden hatten den IS für die Mordserie verantwortlich gemacht.

Afghanistan

Bewaffnete Auseinandersetzungen

Weiterhin kommt es zu Kampfhandlungen, Säuberungsaktionen und Razzien der Sicherheitskräfte sowie Überfällen und Anschlägen der Aufständischen, bei denen teilweise auch Zivilisten getötet oder verletzt werden. Nach Presseberichten waren in den vergangenen zwei Wochen folgende Provinzen betroffen: Takhar, Kunduz, Badakhshan, Baghlan (Nordosten), Logar, Kapisa, Parwan, Maidan Wardak (Zentrum), Zabul, Kandahar, Helmand, Uruzgan (Süden), Laghman, Nangarhar (Osten), Ghazni, Paktia, Khost (Südosten), Jawzjan, Faryab (Norden, hier starben bei Kämpfen zwischen IS und Taliban über 90 Kämpfer beider Seiten) und Farah (Westen).



Bei Kämpfen zwischen Taliban und IS in verschiedenen Distrikten der Provinz Nangarhar (Osten) wurden Anfang Mai zahlreiche Islamisten getötet. Bei den Kämpfen wurde aber auch ein neunjähriges Mädchen getötet und fünf weitere Zivilisten verletzt. Sieben Häuser wurden niedergebrannt und viele Familien verließen das Gebiet.

Am 06.05.17 eroberten die Taliban nach zweitägigen Gefechten den Distrikt Qala-i-Zal der Provinz Kunduz (Nordosten). Im Distrikt Khanabad halten die Kämpfe an, die Taliban kontrollieren den Kunduz-Khanabad Highway. Tausende Zivilisten flüchteten aus den umkämpften Gebieten, viele nach Kunduz City. In der Nachbarprovinz Badakhshan wurde bereits am 06.05.17 der Distrikt Zibak von Taliban eingenommen. Eine Offensive der Regierungstruppen zur Rückeroberung der Gebiete begann am Wochenende. In der Provinz Nuristan (Osten) belagern die Taliban seit mehreren Tagen den Distrikt Want Waigal.

Bei Zusammenstößen zwischen pakistanischem Militär und afghanischen Truppen an der Grenze bei Spin Boldak (Kandahar) und Chaman (Balochistan) starben am 05.05.17 auf beiden Seiten mehrere Soldaten und Zivilisten. Über den Anlass des Zusammenstoßes und die Opfer liegen widersprüchliche Angaben vor.

Anschläge und Übergriffe

Am 27.04.17 starben 15 Zivilisten bei einem Bombenanschlag in der Provinz Nangarhar (Osten, Distrikt Batikot). Im gleichen Distrikt ereignete sich am 01.05.17 ein Anschlag auf US-Truppen, bei dem aber niemand verletzt wurde.

Am 28.04.17 entführten Taliban sieben Reisende in Herat.

Am 02.05.17 zerstörten Taliban vier Baufahrzeuge einer privaten Straßenbaufirma in Logar (Zentrum).

Am 03.05.17 wurden bei einem Selbstmordanschlag in der Nähe der US-Botschaft in Kabul mindestens acht Menschen getötet und 25 verletzt.

Am 07.05.17 wurde der Medienberater des Gouverneurs von Kandahar von Unbekannten erschossen.

Am 08.05.17 starb ein Zivilist bei einem Bombenanschlag in Khost (Südosten), drei weitere wurden verletzt.

Albanien

Neuer Präsident - Protest der Opposition

Das albanische Parlament hat am 28.04.17 unter dem Protest der Opposition den bisherigen Parlamentspräsidenten Ilir Meta zum neuen Staatsoberhaupt gewählt. Meta ist Vorsitzender der Sozialistischen Bewegung für Integration (LSI), die Juniorpartner in der Regierung des Sozialisten Edi Rama ist. Die oppositionellen Demokraten (DP), die seit Ende Februar die Parlamentsarbeit boykottieren, boykottierten die Abstimmung. Sie kündigten an, auch die zum 18.06.17 angesetzte Parlamentswahl boykottieren zu wollen.

Die Opposition verlangt den sofortigen Rücktritt von Ministerpräsident Rama und die Bildung einer All-Parteien-Regierung. Sie wirft Rama vor, seine Regierung sei in die organisierte Kriminalität und groß angelegte Korruption verstrickt (vgl. BN v. 24.04.17). Vermittlungsversuche der EU, einen Ausweg aus der Krise zu finden, sind bisher gescheitert. Während die sozialistische Regierung unter Edi Rama neue Zugeständnisse gemacht habe, beharrt die Opposition weiter auf ihrer Forderung nach einem sofortigen Rücktritt Ramas.

Algerien

Parlamentswahl

Nach dem vorläufigen Endergebnis vom 05.05.17 erreichte die Partei des Staatspräsidenten Abdelaziz Bouteflika, die Front de Liberation National (FLN), am 04.05.17 bei der Parlamentswahl 164 der 462 Sitze (57 weniger als 2012). Die Demokratische Nationale Sammlung (RND) erreichte 97 Mandate (27 mehr als 2012). Beide Parteien stellen erneut die Mehrheit im algerischen Parlament. Der Block islamistischer Parteien erreichte insgesamt 67 Sitze. Mehrere kleine Parteien erhalten einen oder zwei Sitze. Die Wahl wurde überschattet von Korruptionsvorwürfen, großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten und einer Politikverdrossenheit der Bürger. Lediglich 38% (-5%) der Wahlberechtigten gaben ihre Stimme ab.

China

Tibet: Selbstverbrennung

Am 02.05.17 verbrannte sich in der Tibetischen Autonomen Präfektur Gannan in der Provinz Gansu ein Tibeter selbst; ob er überlebte, war zunächst unklar. Dies ist der 149. Fall in China seit 2009.

EJR Mazedonien

Gewalttätige Ausschreitungen im Parlament

In der mazedonischen Hauptstadt Skopje erstürmten am 27.04.17 rund 200 zum Teil maskierte und mit Messern oder Baseballschlägern bewaffnete Personen das Parlament und verletzten über 100 Menschen. Auslöser war die Wahl des albanisch-stämmigen Ralat Xhaferi zum neuen Parlamentspräsidenten, der mit der Stimmenmehrheit der Koalition aus der sozialdemokratischen SDMS und albanischen Parteien gewählt wurde. Berichten zufolge soll die Polizei die Angreifer nicht rechtzeitig daran gehindert haben, das Parlament zu stürmen. Spezialeinheiten sind erst zwei Stunden nach dem Übergriff ins Parlament

gekommen. Inzwischen wurden mehrere Personen festgenommen, darunter ein hoher Geheimdienstmitarbeiter. Das Innenministerium veröffentlichte eine Fahndung nach insgesamt 20 Personen. Der neue Parlamentspräsident hat inzwischen sein Amt angetreten und Präsident Iwanow aufgefordert, die Parlamentsmehrheit zu respektieren und verfassungsgemäß zu handeln.

Hintergrund

Seit März verweigert Präsident Gjorge Ivanov der oppositionellen SDSM das Mandat zur Regierungsbildung, obwohl diese im Parlament gemeinsam mit den Albaner-Parteien über eine Mehrheit verfügt. Er befürchtet im Fall einer Regierungsbeteiligung der albanischen Parteien, die mehr Rechte erhalten sollen, dass dies die Einheit des Landes unterminieren könnte. Die albanischen Parteien würden mit ihrer „aus Tirana gesteuerten Plattform“ eine Föderalisierung und Spaltung Mazedoniens anstreben (vgl. BN v. 20.03.17). Seit Wochen finden Massenproteste von Anhängern der nationalkonservativen ehemaligen Regierungspartei VMRO-DPMNE statt, die einen Machtwechsel verhindern wollen. Sie sehen darin eine Gefahr für die Einheit Mazedoniens und sperren sich vor allem dagegen, Albanisch als weitere Amtssprache einzuführen (20 bis 25 % der rund 2,1 Millionen Einwohner gehören der albanischen Minderheit an).

Hinter den Auseinandersetzungen steht laut vielen Beobachtern aber die Angst des langjährigen Regierungschefs Nikola Gruevski und seiner Partei, wegen der Abhöraffaire strafrechtlich zur Rechenschaft gezogen zu werden. Sie versuchten deshalb, nationalistische Ressentiments zu entfachen, um sich an der Macht zu halten. Viele Beobachter sind auch davon überzeugt, dass Gruevski Drahtzieher der Ausschreitungen sein soll.

Sonderstaatsanwaltschaft ermittelt gegen ehemalige Regierungsmitglieder

Unterdessen bereitet die mazedonische Sonderstaatsanwaltschaft (SJO), die nur auf Druck der EU und der USA zustande kam, die Anklagen im Abhörskandal vor. Es geht um systematischen Amtsmissbrauch von Politikern und hohen Beamten, Wahlbetrug und organisierte Korruption auf staatlicher Ebene. Insgesamt sollen 20.000 Bürger auf illegale Weise abgehört worden sein. Zahlreiche Vertreter der VMRO, der ehemaligen Regierung und Beamte müssen mit Strafprozessen rechnen.

Iran

Militär warnt Präsident vor Einmischung in Strategiefragen

Nach Kritik des Präsidenten Hassan Rohani am Raketenprogramm Irans haben die Streitkräfte den Staatschef vor einer Einmischung in Militärangelegenheiten kritisiert. Rohani hatte den Test von zwei Raketen mit israelfeindlicher Aufschrift kritisiert. „Einige im Land wollten mit allen möglichen Mitteln den Atomdeal sabotieren, wie zum Beispiel mit Aufschriften auf Raketen“, so Rohani in einer TV-Debatte zur Präsidentschaftswahl, die am 19.05.17 in die erste Runde geht. Bei Raketentests der Pasdaran im März letzten Jahres stand auf zwei der Raketen auf Hebräisch „Israel muss ausradiert werden“. Dies führte weltweit erneut zu Kritik und erschwerte Rohanis Bemühungen, der vom Image Irans als regionale Bedrohung freikommen will.

Kamerun

Journalist zu zehn Jahren Haft verurteilt

Am 24.04.17 verurteilte ein Militärgericht Ahmed Abba, einen Korrespondenten des Programms in Hausa von Radio France International, zu einer zehnjährigen Freiheitsstrafe sowie der Zahlung von 55 Millionen Central African Francs (etwa 85.000 Euro). Er war am 20.04.17 unter Anwendung des kamerunischen Terrorismusgesetzes für schuldig befunden worden, geplante Terrorismusakte der Boko Haram den Behörden nicht angezeigt zu haben sowie Erlöse aus Terrorismusakten gewaschen zu haben. Laut Angaben von Amnesty International sei Ahmed Abba gefoltert worden, und das Urteil in einem unfairen Gerichtsverfahren ergangen.

Mali

Extremisten von französischer Armee getötet und festgenommen

Die französische Armee hat am 29./30.04.17 bei einem groß angelegten Einsatz in Mali rund 20 Islamisten getötet oder festgenommen, wie der Führungsstab der Streitkräfte mitteilte. An dem Einsatz waren demnach Kampfflugzeuge und -hubschrauber sowie Fallschirmspringer und Minenräumkommandos beteiligt. Die Kampfjets griffen den Angaben zufolge Logistiklager an. Am Boden entdeckten die Soldaten große Mengen an Waffen, Munition, Raketenwerfer und Sprengstoffmaterial. Das Einsatzgebiet liegt südwestlich der Stadt Gao, es gilt als Rückzugsgebiet für bewaffnete Extremisten.

Angriff auf UN-Friedenstruppe

Beim Beschuss eines Lagers der UNO-Friedenstruppe im Norden Malis mit Mörsergranaten oder Raketen sind mindestens neun Blauhelmsoldaten verletzt worden, wie die Vereinten Nationen am 03.05.17 mitteilten. Zunächst bekannte sich keine Gruppe zu dem Angriff. In dem Gebiet sind jedoch islamistische Terrorgruppen aktiv, die al-Qaida die Treue geschworen haben. Sie greifen immer wieder Blauhelme und örtliche Sicherheitskräfte an.

Montenegro

Parlament beschließt NATO-Beitritt

Trotz Protesten der Opposition hat das Parlament am 28.04.17 beschlossen, als 29. Mitglied der NATO beizutreten. Die Abstimmung wurde von prorussischen Oppositionsabgeordneten boykottiert. Bevor das Land endgültig in die westliche Verteidigungsallianz aufgenommen wird, muss der Vertrag noch von Spanien ratifiziert werden. Russland lehnt den NATO-Beitritt ab und hatte lange versucht, den Beitritt zu verhindern.

Nigeria

82 Chibok-Mädchen freigelassen

Am 06.05.17 ließ die Terrororganisation Boko Haram 82 der von ihr im April 2014 in der Stadt Chibok aus einer Schule entführten 276 Mädchen frei. Die Freilassung sei laut Angaben des Büros von Präsident Buhari im Austausch gegen einige von den Behörden inhaftierte Boko-Haram-Verdächtige erfolgt. Die Mädchen wurden am 07.05.16 von der nordöstlichen Stadt Banki an der Grenze zu Kamerun in die Hauptstadt Abuja geflogen, wo sie von Präsident Buhari empfangen wurden. Zuletzt waren 21 Chibok-Mädchen im Oktober 2016 nach Verhandlungen von Boko Haram freigelassen worden. Es sollen sich noch immer 113 Mädchen in der Gewalt der Islamisten befinden. Möglicherweise wurden einige von ihnen zu Selbstmordanschlägen gezwungen.

Präsident der Pro-Biafra Organisation IPOB auf Kautionsfreilassung

Am 28.04.17 wurde Nnamdi Kanu, der Präsident der separatistischen Pro-Biafra-Organisation IPOB (Indigenous People of Biafra), nach Erfüllung der ihm vom Federal High Court in Abuja auferlegten harten Kautionsbedingungen aus dem Kufe Gefängnis von Abuja entlassen.

Kanu, der auch Direktor des illegalen Radiosenders Radio Biafra ist, war im Oktober 2015 vom Staatssicherheitsdienst DSS in Lagos verhaftet worden. Er ist vor dem Federal High Court in Abuja u.a. wegen Verrats angeklagt. Im Juli 2017 soll der Prozess fortgesetzt werden.

Boko Haram: Mehrere Selbstmordanschläge in Borno

Am 03.05.17 versuchten drei mutmaßliche Selbstmordattentäterinnen sich in Maiduguri, Hauptstadt des nordöstlichen Bundesstaates Borno, Zugang zum Gelände eines unter dem Namen Gontanamo bekannten Militärpostens im Stadtgebiet Muna Garage zu verschaffen. Sie wurden von den Sicherheitskräften erschossen, wobei die von ihnen mitgeführten Sprengsätze explodierten.

Am 03.05.17 wurden entlang der Verbindungsstraße Maiduguri-Mafa drei Selbstmordattentäterinnen von Sicherheitskräften abgefangen, die in die Stadt Maiduguri gelangen wollten. Hierbei zündeten sie ihre Sprengsätze. Die Attentäterinnen starben, ein Soldat wurde verletzt.

Am 27.04.17 fuhr im Bundesstaat Borno ein Selbstmordattentäter sein mit Sprengstoff beladenes Fahrzeug bei dem Dorf Mangazum in einen Militärkonvoi, der sich auf dem Weg in die Stadt Damboa befand. Hierbei wurden fünf Soldaten getötet und etwa 40 verletzt.

Bei drei am frühen Morgen des 26.05.17 erfolgten Selbstmordanschlägen im Stadtgebiet Muna von Maiduguri starben vier Selbstmordattentäter und ein Angehöriger der zivilen Bürgerwehr; elf Personen erlitten Verletzungen.

Somalia

Kampfhandlungen

Am 02.05.17 griffen al-Shabaab-Kämpfer einen AMISOM-Stützpunkt etwa 30 km westlich von Mogadischu in der Region Lower Shabelle an. AMISOM schlug die Angreifer zurück und tötete mindestens sechs Kämpfer. Al-Shabaab behauptete, mindestens zehn AMISOM-Soldaten getötet zu haben.

Nachdem äthiopische AMISOM-Einheiten am 03.05.17 kampfflos die zuvor von al-Shabaab kontrollierte Ortschaft Halgan (Region Hiran) eingenommen hatten, beschossen schwer bewaffnete Extremisten am 04.05.17 AMISOM mit Panzerfäusten. Über Opfer ist nichts bekannt.

Bei einer Operation von U.S. Navy SEALs am 04.05.17 in der Ortschaft Barire (Region Lower Shabelle) töteten al-Shabaab-Kämpfer einen U.S.-Soldaten und verletzten zwei weitere. Die U.S.-Kräfte "neutralisierten" alle Extremisten, unter ihnen auch den Führer der al-Shabaab für die Region Lower Shabelle. Ende April 2017 hatten die USA erstmals seit den 1990er Jahren Soldaten nach Somalia entsandt. Die ca. 40 Männer sollen die somalische Armee beraten und unterstützen. Präsident Trump gestattete dem Verteidigungsministerium ein aggressiveres Vorgehen gegen al-Shabaab. Zudem wurden Teile von Somalia zur Kampfzone erklärt. Der Kommandeur vor Ort hat damit die Befugnis, selbst über Luft Einsätze zu entscheiden und muss nicht die Zustimmung höherrangiger Stellen abwarten. Voraussetzung für einen Luftangriff in Somalia war für das US-Militär bisher eine Bedrohung für Amerikaner durch das Ziel.

Minister versehentlich getötet

Sicherheitsleute des obersten Rechnungsprüfers erschossen am 03.05.17 nahe dem Präsidentenpalast in Mogadischu aus Versehen den Minister für Bau und Infrastruktur. Sie hatten in dem Fahrzeug des Ministers irrtümlich eine Bedrohung gesehen und das Feuer eröffnet.

Hungerkrise

Nach Schätzungen von UNICEF wird sich die Zahl der somalischen Kinder, die an akuter Mangelernährung leiden, im Jahr 2017 auf 1,4 Mio. erhöhen. Von diesen werden 275.000 schwere lebensbedrohliche Symptome aufweisen. Gegenüber Anfang des Jahres entspricht die Schätzung einem Anstieg um 50%.

Seit November 2016 sollen 615.000 Menschen – meist Frauen und Kinder – vor der Dürre geflohen sein. Sollte die kommende Regenperiode nur kurz andauern oder weitgehend ausfallen, wird die Anzahl der Menschen, die Hilfe in bereits überfüllten Notlagern suchen, weiter ansteigen. Bereits jetzt steigt die Zahl der Malaria- und Choleraerkrankungen.

Syrien

Anschlag auf Flüchtlingslager

Bei einem Angriff des IS auf ein syrisches Flüchtlingslager wurden am 02.05.17 nach Angaben der oppositionsnahen Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte über 37 Menschen getötet. Mindestens fünf Selbstmordattentäter sollen bei der Serie von Selbstmordanschlägen beteiligt gewesen sein, die sich außerhalb und innerhalb des Flüchtlingslagers in der Provinz Hasakeh im Nordosten des Landes in die Luft sprengten. Anschließend sei es zu Kämpfen zwischen dem IS und Mitgliedern der Syrischen Demokratischen Kräfte (SDF) Kämpfe gekommen.

Einrichtung von Schutzzonen

Am 06.05.17 wurden die am 04.05.17 in der kasachischen Hauptstadt Astana von Russland, Iran und der Türkei vereinbarten vier Schutzzonen in Syrien in Kraft gesetzt. Die Einigung sei vorher mit 27 verschiedenen Rebellen Gruppen abgesprochen worden.

Die Schutzzonen befinden sich im Norden des Landes in der Provinz Idlib sowie teilweise in den Provinzen Latakia, Aleppo und Hama; im Norden der Provinz Homs; in Ost-Ghuta; im Süden Syriens – in den Provinzen Deraa und Quneitra. Dort müssen die syrische Regierung und ihre Gegner „den Gebrauch jeder Art von Waffen, auch aus der Luft, einstellen“. Kontrollpunkte und Überwachungsposten sollen sicherstellen, dass sich unbewaffnete Zivilisten frei bewegen könnten und humanitäre Hilfe vor Ort ankomme.

Bestimmte Gruppen sind allerdings von der Feuerpause ausgenommen. So sollen die Terrormiliz IS und andere Terrorgruppen weiter bekämpft werden dürfen.

Tschad

Lebenslange Haft für Ex-Diktator Habré bestätigt

Der tschadische Ex-Diktator Hissène Habré ist am 27.04.17 in einem Berufungsprozess wegen Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Folterverbrechen endgültig zu lebenslanger Haft verurteilt worden. Das Sondergericht der Afrikanischen Union (AU) im senegalesischen Dakar bestätigte damit das Urteil der ersten Instanz vom Mai 2016. Anwälte des 74-Jährigen hatten Berufung gegen das Urteil eingelegt. Habré selbst war bei der Anhörung im Berufungsverfahren nicht anwesend. Das Sondertribunal hatte 2016 Entschädigungszahlungen in Höhe von umgerechnet 80 Millionen Euro angeordnet. Dabei sollten Opfer von Vergewaltigungen und sexueller Sklaverei jeweils 30.000 Euro erhalten. Menschenrechtler hatten das Urteil gegen Habré zuvor als Meilenstein der internationalen Justiz bezeichnet.

Türkei

Festnahmen / Entlassungen

Am 26.04.17 ließ die türkische Regierung mehr als tausend Menschen, überwiegend Polizisten, in allen Provinzen des Landes festnehmen. Den Verhafteten wird vorgeworfen, zu einem Gülen-Netzwerk innerhalb des türkischen Polizeiapparates zu gehören. Nach Medienberichten sollen insgesamt 3.224 Haftbefehle ergangen und 1.009 Personen festgenommen worden sein. Am selben Tag suspendierte die Polizei zudem in den eigenen Reihen mehr als 9.100 Beamte wegen angeblicher Verbindungen zum Gülen-Netzwerk.

Am 29.04.17 wurden mit einem neuen Erlass abermals mehr als 4.000 Mitarbeiter aus dem Staatsdienst entlassen, darunter mehr als tausend Mitarbeiter des Justizministeriums und über tausend Armee-Angehörige. 236 Menschen durften ihre Arbeit mit dem Erlass wieder aufnehmen. Am 05.05.17 wurden 107 weitere Richter und Staatsanwälte entlassen. Gegen sie seien Haftbefehle erlassen worden.

Seit dem Putschversuch im vergangenen Juli wurden rund 145.000 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes entlassen oder suspendiert, darunter mehr als 4.200 Richter und Staatsanwälte. Mehr als 40.000 Menschen wurden verhaftet. Ihnen werden Verbindungen zum Prediger Gülen vorgeworfen, den die Regierung in Ankara als Drahtzieher hinter dem Umsturzversuch sieht.

Verfassungsreferendum

Das türkische Verfassungsreferendum vom 16.04.17 war hoch umstritten. Bei dem Referendum hatte laut dem amtlichen Endergebnis eine Mehrheit von 51,4 % für die Verfassungsänderung zur Einführung eines Präsidialsystems gestimmt. Die größte Oppositionspartei, die Republikanische Volkspartei (CHP), will die Ablehnung ihres Antrags auf Annullierung des Verfassungsreferendums durch die Wahlkommission nicht hinnehmen, sie klagt deshalb vor dem Staatsrat und will Beschwerde beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) einreichen. Die CHP hatte zuvor ebenso wie die prokurdische HDP bei der Wahlkommission einen Antrag auf Annullierung des Referendums eingereicht, da sie die noch während der Abstimmung gefällte Entscheidung für unzulässig hielten, auch Wahlzettel ohne offiziellen Stempel mitzuzählen.

Die Umsetzung der mit dem Referendum angenommenen Verfassungsänderungen erfolgt schrittweise. Der Ministerpräsident und die Regierung bleiben zunächst im Amt. Erst nach den für November 2019 geplanten Wahlen soll der Präsident sowohl Staats- als auch Regierungschef werden.

Staatspräsident Erdogan begann bereits mit dem Umbau des politischen Systems. In einer feierlichen Zeremonie trat er am 02.05.17 der von ihm gegründeten AKP wieder bei und soll auf einem Sonderparteitag am 22.05.17 erneut zum Parteivorsitzenden gewählt werden. Bislang war es dem Staatspräsidenten untersagt,

einer Partei anzugehören. Zur Verfassungsreform gehört auch die Möglichkeit für den Staatspräsidenten, in die Partei zurückzukehren. Anders als die meisten anderen Verfassungsänderungen trat diese Bestimmung umgehend in Kraft.

Westbalkan

Flüchtlinge auf der Balkanroute - Verstöße gegen die Menschenrechte

Die sog. Balkanroute ist vor allem für Migranten aus Afghanistan, Pakistan und Irak nach wie vor ein wichtiges Transitland auf ihrem Weg in Richtung (West-)Europa. Oxfam hat gemeinsam mit dem in Serbien ansässigen Belgrader Menschenrechtszentrum (BCHR) und dem mazedonischen Verband junger Anwälte (MYLA) vom 30.01. bis 17.02.17 insgesamt 140 Menschen befragt, die in diesem Winter versucht hatten, über die Balkanroute nach Europa zu kommen und die in Serbien und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien Zuflucht suchten.

Die Organisationen kritisieren die serbischen, mazedonischen, kroatischen, ungarischen und bulgarischen Behörden für ihren Umgang mit den Flüchtlingen. Die Flüchtlinge berichten von Schlägen, Raub und Elektroschocks durch Beamte. Neben den Misshandlungen dokumentiert der Bericht (a dangerous game) zahlreiche Fälle illegaler Ausweisungen. Zudem wurde den Menschen der Zugang zu fairen Asylverfahren verwehrt. In Serbien befinden sich aktuell rund 7.800 Flüchtlinge. 6.500 davon sind registriert und leben in regulären Unterkünften. Eine Minderheit ist obdachlos, lebt unter prekären Umständen in Belgrad oder an der Grenze zu Ungarn.

Zentralafrikanische Republik

Rebellengruppen töten Zivilisten

Wie Human Rights Watch am 02.05.17 berichtete, verübten die verfeindeten Rebellengruppen Union pour la Paix en Centrafrique (UPC) und Front Populaire pour la Renaissance de la Centrafrique (FPRC) in der Region Ouaka in den vergangenen drei Monaten Vergeltungsschläge gegen Zivilisten. Dabei seien mindestens 45 Menschen getötet und mindestens 11.000 vertrieben worden. Seit Ende 2016 komme es immer wieder zu Kämpfen zwischen der überwiegend aus Angehörigen der ethnischen Gruppe der Ful (Peul) zusammengesetzten UPC und der den Anti-Balaka zugerechneten FPRC um die Kontrolle der im Zentrum des Landes gelegenen Region. Die UN-Friedensmission MINUSCA habe dort fast 1.000 Soldaten stationiert, was die Übergriffe bislang nicht habe unterbinden können.

Gruppe 22 - Informationszentrum Asyl und Migration
Briefing-Notes
ivs-anfragen@bamf.bund.de